

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Windbüchler-Souschill, Musiol, Grünewald, Freundinnen und Freunde

betreffend Rücknahme der Kürzung der Familienbeihilfe für Studierende

eingebraucht im Zuge der Debatte über das Bundesfinanzgesetz 2011 - BFG 2011

„Meine ersten spontanen Gedanken waren: Wenn es zur Kürzung der Familienbeihilfe kommt, dann schmeiße ich mein Studium. Arbeiten gehen, schön und gut, aber die Uni ist Vollzeit und kann nicht einfach so nebenbei gemacht werden. Und wenn ich arbeiten gehe, muss ich mir die ohnehin sehr knappe Zeit gut einteilen, um dann möglichst bald mein Studium abschließen zu können¹...“

Mehr "Bessergestellte", nicht "höher Begabte", sollen studieren – Auszug aus einem LeserInnenbrief aus Salzburg

„Es wird gespart, bei jenen mit dem geringsten Widerstand, bei den Bevölkerungsschichten, welche die kleinste oder gar keine Lobby haben. Mit Wegfall der Familienbeihilfe fällt auch der Mehrkinderzuschlag, es fällt die Vorteils-card, die Mitversicherung wird gestrichen werden und vieles mehr. Natürlich, mit 24 Jahren hat jeder sein fünfjähriges Masterstudium beendet, auch im September Geborene, BHS-AbsolventInnen und diejenigen, die der Allgemeinen Wehrpflicht als Soldaten oder Zivildienstler nachgekommen sind²....“

Bei der Familienbeihilfe wird massiv gekürzt, sie soll statt bis zum 26. nur noch bis zum 24. Lebensjahr ausbezahlt werden. Das trifft vor allem Studierende und ihre Eltern hart, da dies ein Minus von rund 2700 Euro pro Jahr bedeuten würde. Durch die massiven Proteste aller Beteiligten sind hier inzwischen Ausnahmeregelungen geplant, aber keine Nachverhandlungen dürfte es bei der 13. Familienbeihilfe geben: Es wird sie künftig nur mehr für schulpflichtige Kinder in der Höhe von 100 Euro geben. Die Streichung der 13. Familienbeihilfe trifft insbesondere Alleinerziehende sehr hart, die Streichung des Mehrkind-Zuschlags trifft große Familien - beides Gruppen, die ohnehin stark belastet sind.

Der Wegfall von 2700 Euro pro Jahr bedeutet für viele Studierende, dass sie noch mehr arbeiten müssen - dadurch verlängert sich die Studiendauer, die ja eigentlich verkürzt werden soll, noch weiter. Bis 24 mit einem Studium fertig zu sein, ist in den meisten Fällen - auch aufgrund der Studienbedingungen - nicht möglich, d.h., viele würden ihr Studium abbrechen müssen.

¹ "Kleine Zeitung" vom 14.11.2010

² "Salzburger Nachrichten" vom 06.11.2010 Auszug aus einem LeserInnenbrief

Auch wenn mittlerweile von „Abrundungen“ gesprochen wird, so kann es nicht sein, dass mit dem vorgelegten Belastungspaket ein weiterer Rückgang der AkademikerInnenquote und der Frauen in Leitungsfunktionen an Universitäten riskiert oder sogar forciert wird.

41 Prozent der Studierenden bekommen schon derzeit keinerlei Förderung, also weder Familienbeihilfe, noch irgendeine andere öffentliche Unterstützung. Als Konsequenz dessen ist der Anteil der erwerbstätigen Studierenden zwischen 2006 und 2009 von 58 auf 62 Prozent gestiegen, 45 Prozent arbeiten mittlerweile während des ganzen Semesters. Die Hälfte der arbeitenden Studierenden klagt über die schwierige Vereinbarkeit von Studium und Beruf - 37 Prozent würden ihr Arbeitspensum gern reduzieren. Studienverzögerungen sind also vorprogrammiert. Dies geht aus der Studierenden Sozialerhebung 2009 hervor³.

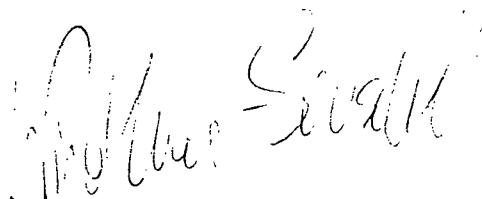
130 Millionen Euro würden den Studierenden durch Herabsetzung des Bezugsalters für die Familienbeihilfe gestrichen, rechnete die Österreichische Hochschülerschaft vor. 43.000 Studierende würden pro Jahr jeweils 2685,90 Euro verlieren - durch den Wegfall der bisher 13 Mal ausgezahlten Familienbeihilfe und des Kinderabsetzbetrags von zwölf Mal 58,40 Euro. Weitere 106.000 fallen um die Auszahlung der 13. Familienbeihilfe, die künftig gestrichen wird, um⁴.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLISSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, Studierenden den Anspruch auf Familienbeihilfe weiterhin bis zum vollendeten 26. Lebensjahr zu gewähren.



³ http://ww2.sozialerhebung.at/Ergebnisse/PDF/sozialerhebung_2009_materialien.pdf

⁴ "Salzburger Nachrichten" vom 30.10.2010